

Bildung wird zur Ware

Da für werden auf nationaler und Landesebene die Weichen gestellt. Die Studierenden sollen sich nach dem Willen der hessischen Landesregierung – wie in fast allen anderen Bundesländern auch – ab dem nächsten Wintersemester ihre universitäre Ausbildung mit Studiengebühren erkaufen. Nach Vorstellung des BDA-Präsidenten Thuman müssen die Hochschulen zum „Dienstleister“ werden, die Studierenden werden zu Kunden, Bildung wird zur Ware, die auf Märkten gehandelt wird.

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge lässt keinen Platz mehr für persönliche Interessen, sondern richtet das Studium nach der Verwertbarkeit für die Wirtschaft aus.



Ziel ist es, eine kleine, gut ausgebildete Elite zu schaffen. Dafür werden z.B. 1,9 Mrd. Euro in Eliteunis gesteckt, während generell bei Kitas, Schulen und Unis gekürzt wird. Die schlechte finanzielle Ausstattung der Unis führt zu miserablen Lernbedingungen. Oft scheint der einzige Ausweg privates Sponsoring zu sein, womit man sich in die Abhängigkeit dieser Sponsoren begibt.

Die Uni Mannheim soll in ein Zentrum für die Wirtschaft, die „Mannheim School of Economics“ umgestaltet werden. Manager sollen in Zukunft die gewählten Dekane ersetzen. Gestrichen werden sollen Mathematik, Informatik, Philosophie, Geschichts- und Sprachwissenschaften sowie die Lehramtsausbildung. Aus Angst vor Protesten wurde bereits der letzte Universitätsrat bezeichnenderweise in die Deutsche Bank nach Frankfurt verlegt.

(Quelle: www.asta.uni-mannheim.de)

Alleine machen sie uns ein – Gemeinsam sind wir stark!

In den vergangenen Monaten gab es vielfältigen Protest und Widerstand. Von der Uni aus gab es Aktionen, Demonstrationen und Streiks gegen Studiengebühren und schlechte Lernbedingungen. Daran beteiligten sich SchülerInnen und GEW, die auch gegen die „Unterrichtsgarantie Plus“ kämpften. Vor den letzten Stadtverordnetenversammlungen gab es Protestaktionen gegen die Privatisierung der Städtischen Werke. Die Demonstration am 13.11. wird ein erster wichtiger Höhepunkt der Proteste. Sie wird unterstützt von der Lehrgewerkschaft GEW und dem Studentenparlament der Uni Kassel. Denn: besonders Studierende werden unter den steigenden Strom-, Gas- und Wasser- bzw. KVG-Preisen zu leiden haben. Der Protest hat bereits die Grünen dazu gebracht, den weiteren Verkauf der Städtischen Werke abzulehnen und auch in der SPD kriselt es. Eine gemeinsame Demonstration von Studierenden, SchülerInnen, Erwerbslosen und Beschäftigten könnte den Druck auf die Stadtverordneten erhöhen.

Demo gegen Privatisierung Montag, 13. November

14.15 Uhr Hallenbad-Ost, Leipziger Str.
15.15 Uhr Rathaus (Kundgebung)
16.00 Uhr Stadtverordnetenversammlung

- ★ **Nein zu Studiengebühren**
- ★ **Statt „Unterrichtsgarantie Plus“ eine 110%ige Abdeckung mit Lehrerstellen**
- ★ **Bildung ist keine Ware – Für ein öffentliches und kostenloses Bildungswesen für alle**
- ★ **Nein zur Privatisierung der Städtischen Werke – Für den Erhalt und Ausbau der staatlichen Daseinsfürsorge**
- ★ **Für einen gemeinsamen Kampf aller von Privatisierung Betroffenen**



In allen Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge geht die Reise in Richtung Privatisierung. So soll in Kassel die öffentliche Versorgung mit Strom, Gas und Wasser durch den weiteren Verkauf der Städtischen Werke verschärft werden. Das Bildungssystem wird reif für Privatisierung geschossen. Die Konsequenzen sind massive Verschlechterungen für die Allgemeinheit auf der einen und kräftige Gewinne für eine handvoll Manager und Banker auf der anderen Seite.

Mit dem internationalen GATS-Abkommen (Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen, was explizit Bildung mit einschließt) soll der Weg zur Erschließung des Bildungssektors für private Investoren geebnet werden. Immerhin schätzt die Unternehmensberatung Meryll Lynch den Wert des weltweiten Bildungssektors auf jährlich etwa 2,2 Milliarden US-Dollar. Die hier winnenden Profite wollen sich die Banken und Konzerne natürlich nicht entgehen lassen.



SAV Sozialistische Alternative

0171 / 230 64 99 • www.sozialismus.info/kassel

Bildung für Konzerninteressen

Auch an den Schulen ist die Situation ähnlich. Im Zuge der so genannten „Unterrichtsgarantie Plus“ entsteht ein Billiglohnsektor ohne tarifliche Absicherung in den Schulen.

In der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt ist erstmals nach dem Vorbild von sponsored Fußballstadien der größte Hörsaal in „Aldi-Süd-Hörsaal“ umbenannt worden. Der Hörsaal soll in Aldi-Farben und mit dem Aldi-Süd-Logo ausgestattet werden

(Quelle: tagesschau.de)

Es gibt private Anbieter für die Lehrerausbildung und Leiharbeitsfirmen zur Vermittlung von Aushilfslehrern. Die Chancen für LehramtsstudentInnen auf Lehraufträge oder gar feste Einstellung sinken immer weiter. Dazu kommen noch zentrale Abschlussprüfungen und eine Verdichtung der Lehrpläne anstatt

Privatisierung der öffentlichen Daseinsfürsorge

Wenn es nach Kassels Oberbürgermeister Hilgen (SPD), der jetzt auch am Klinikum Kassel unverhohlen mit Privatisierung gedroht hat, und seinem Kämmerer Barthel (SPD) geht, sollen die Städtischen Werke, die uns mit Strom, Gas und Wasser versorgen, an einen privaten Investor verkauft werden. Und das ganz ohne Not. Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hält 24,9% der Aktien, hat aber weder Mitspracherecht, noch kann er sich ohne den Willen der Stadtverordnetenversammlung von seinen Anteilen trennen.

Alle Erfahrungen zeigen, dass die Privatisierung zu verschlechterter Qualität, steigenden Preisen und Arbeitsplatzabbau führen wird. Einem privaten Unternehmen geht es eben nicht um die möglichst gute Versorgung der Bevölkerung, sondern darum, maximalen Gewinn zu erwirtschaften. Der Verkauf soll die marode Stadtkasse

individueller Lehrmethoden. Es ist so kaum mehr möglich Schülerinteressen zu berücksichtigen.

Nach Vorstellung der DIHK soll das Schulwesen „in die private Eigenständigkeit überführt werden“

Vodafone beteiligt sich als erstes deutsches Industrieunternehmen an der Exzellenz-Initiative von Bund und Ländern für Elite-Universitäten und darf die Elite fortan mit ihren Produkten ausstatten.

(Quelle: GEW Hessen)

Reine Wohltätigkeit wird das nicht sein. Vodafone will als erster dabei sein, wenn profitable Bereiche von Universitäten privatisiert werden.

und „Am Ende der Entwicklung muss stehen, dass sich der Staat aus seiner Rolle als Schulanbieter vollkommen zurückzieht“. Mittlerweile sind viele Schulgebäude an Privatfirmen verkauft und vom Land zurückgemietet. Die hessische Landesregierung

sanieren, doch damit wird zugunsten einer einmaligen Einnahme auf die Gewinne aus den Städtischen Werken verzichtet. Diese werden im Moment dazu verwendet, die Verluste der KVG zu decken. Die Folge eines Verkaufs würde sich auch dort mit verschlechtertem Angebot und steigenden Preisen niederschlagen. Ein Verkauf unseres Was-

Der private Berliner Bildungsanbieter Phorms AG will Privatschulen für Kinder reicher Eltern auch in Frankfurt a.M., Hannover, München und Hamburg gründen. Der Besuch in der jeweiligen „Filiale“ soll monatlich 200-860 Euro kosten. Mit der Schaffung einer deutschen Bildungskette gelänge den Berlinern eine Premiere. Gründer Olek: „Wenn wir eine gewisse Größe haben, können wir auch bestehende Schulen als Träger übernehmen“, erklärt er. Selbst in die Lehrerausbildung könne Phorms sich einmischen.

(Quelle: Der Spiegel, 39/2006)

ebnet der Entwicklung zur privatisierten Schule gezielt den Weg: Jede Berufsschule erhält ihr eigenes Budget und muss damit auskommen. Da das Geld zu knapp ist, scheint Sponsoring durch Privatfirmen der einzige Ausweg. Die Vision der neoliberalen Schule sieht etwa so aus: Der Staat prüft nur noch die privaten Angebote und nimmt zentrale Abschlussprüfungen vor, darunter bildet sich ein freier Bildungsmarkt mit „selbständigen“ (nur Konzerninteressen verpflichteten) Schulen.

sers würde eines der (überlebens-)wichtigsten Güter dem freien Markt überlassen. In den USA und England hat die Wasserprivatisierung dazu geführt, dass man das Wasser z.T. abkochen muss, weil sich die Qualität so verschlechtert hat. Damit ist eines klar: diejenigen, die für die Privatisierung die Rechnung präsentiert bekommen, sind wir.

